Theodoros Paraskevopoulos, Berater der Athener Linksallianz Syriza:

"Reiche müssen Griechenlands Schulden zahlen"

NÜRNBERG - Die Wirtschaftskrise in Griechenland gibt Parteien wie der Linksallianz Syriza Auftrieb, die einen Schuldenschnitt und ein -moratorium fordert und die Wirtschaft komplett umbauen will - zu einer ökologischen Wirtschaft mit staatlicher Bankenkontrolle. Der Wirtschaftsberater und wissenschaftliche Mitarbeiter Theodoros Paraskevopoulos, der in Deutschland Volkswirtschaft studiert hat, berichtete in Nürnberg über das Programm. Er eröffnete damit eine neue Veranstaltungsreihe des Sozialforums Nürnberg mit Experten aus verschiedenen Ländern. NZ-Redakteurin Stephanie Rupp sprach mit dem 66-Jährigen.

NZ: Herr Paraskevopoulos, wenn morgen in Griechenland gewählt würde, läge Ihre Partei mit 23.1 Prozent an erster Stelle, vor der Regierungspartei Nea Dimokratia mit 20,6 Prozent. Bestätigt Sie das in Ihrem Kurs?

Theodoros Paraskevopoulos: Ja, aber gleichzeitig macht es uns das Leben auch schwerer und deutlich komplizierter.

NZ: Warum denn das?

Paraskevopoulos: Nach dem griechischen Wahlrecht kann keine Regierung ohne die stärkste Partei gebildet werden. Wenn wir stärkste Partei werden, werden wir mit anderen eine Regierung bilden. Dann muss unser Kurs in Entscheidungen und Maßnahmen umgesetzt werden.

NZ: Welche möglichen Koalitionspartner haben Sie?

Paraskevopoulos: Wir wünschen uns eine Regierung der linken Parteien. Das sind außer uns die Kommunistische Partei und die Partei der Demokratischen Linken. Letztere nimmt jedoch derzeit am Dreier-Regierungsbündnis teil, was sie sehr geschwächt hat. Wir sind mit der Demokratischen Linken derzeit in schwierigen Gesprächen, eben weil sie an der Regierung beteiligt ist. Ich glaube aber, wenn der Zeitpunkt kommt, wird es für beide anderen linken Parteien schwierig, NZ: Für wie wahrscheinlich halten Sie heißt: Schuldenschnitt vorgezogene Neuwahlen?

Paraskevopoulos: Ich glaube, dass 62 Prozent bekommen – vom In- und Ausland alles versucht und Wachstumsklausel. wird, die jetzige Regierung an der Letzteres bedeutet, die Macht zu halten. Ministerpräsident Schulden werden bedient. Samaras hat Bundeskanzlerin Merkel solange es wirtschaftligesagt: "Tu was, sonst kommen die Roten!" Trotzdem hat sich bei den jüngsten Abstimmungen im Parlament gezeigt, dass die Mehrheit der Regierungsparteien - sie haben 169 von 300 Sitzen – nicht stabil ist. Jetzt in Gang kommt. können sie nur mit 152 Abgeordneten fest rechnen - eine sehr dünne Mehrheit. Ich glaube, dass sie ihr Ziel nicht erreichen werden, die Regierung bis zu den Kommunalwahlen 2014 zu halten. Aber ich glaube auch nicht, dass es sehr kurzfristig Neuwahlen gibt.

NZ: Die Syriza will einen radikalen Wandel im Wirtschafts- und Steuersystem und würde Troika-Absprachen in Frage stellen. Wenn es zu einem Regierungswechsel käme, würde die Partei als erstes auf Verhandlungen für einen Schuldenschnitt drängen?

Paraskevopoulos: Nein, es gibt zwei Abkommen mit unseren europäischen Partnern. Das eine ist das Verständnismemorandum, worin der griechische Staat Verpflichtungen eingeht, die wir für unannehmbar halten - Verpflichtungen, die das Recht und die Souveränität Griechenlands betreffen und gegen die Verfassung verstoßen. Wir werden das Memorandum annullieren - inklusive der Privatisierungen. Denn das sind einseitig vom Parlament beschlossene Maßnahmen. Etwas anderes ist das Abkommen über die Anleihen. Das ist nicht einseitig, denn Griechenland hat das Geld bekommen und muss mit seinen Partnern verhandeln, wie viel und wann dieses zurückgezahlt werden soll.

NZ: Durch die Forderung nach einem Schuldenmoratorium haben Sie deutlich gemacht, dass Sie sich nicht an vereinbarte Rückzahlungsfristen hal-

sich einer Regierungsbeteiligung zu die Lösung, die für Deutschland nach nis dafür ist besagtes Memorandum, nen in die Grundmetall-Industrie. Die Hagen Fleischer wären das heute fast dem Zweiten Weltkrieg galt. Das das eine Schrumpfung des Staates vor- Landwirtschaft wollen wir von einer 100 Milliarden Euro.

Deutschland hatte damals ches Wachstum Außerdem brauchen wir ein Moratorium für die Bedienung der Schulden, bis die Wirtschaft wieder

NZ: Woher wollen Sie das Geld für einen Wirtschaftsaufschwung nehmen?

Paraskevopoulos: Um wieder investieren zu können, wird es mit uns zunächst eine radikale Änderung des Steuersystems geben, so dass die Reichen zahlen müssen.

NZ: Ist das nicht etwas zu spät, nachdem schon so viel Geld ins Ausland geflossen ist, zum Beispiel an den Finanzplatz London?

es Möglichkeiten, die von Syriza. den USA vorexerziert wer-

den. Dort gilt ein Steuersystem, bei dem jeder Bürger unabhängig von seinem Wohnsitz und dem Ort, an dem er sein Vermögen hat, Steuern zahlt. Das ist ein gutes System. Außerdem stimmt es auch nicht ganz, dass das Vermögen ins Ausland abgeflossen ist. Viele Vermögen sind noch in Griechenland angelegt. Sie stammen vor allem aus der Zeit vor der Krise, als es die großen Steuererleichterungen gab, so dass man sagen kann: Die öffentlichen Schulden Griechenlands sind die Steuern, die die Reichen nicht bezahlt

NZ: Um Steuern einzutreiben, muss man erst einmal eine effektive Finanz-



Paraskevopoulos: Da gibt Theodoros Paraskevopoulos berät die Linksallianz Foto: Eduard Weigert

sieht. Griechenland hat die wenigsten Beamten pro Kopf in der Eurozone. Um auf die gleiche Anzahl von Finanzbeamten pro Kopf wie in Frankreich zu kommen, müssten die Finanzbeamten in Griechenland verdreifacht werden. Ich habe aber den Eindruck, dass die griechischen Finanzbeamten, so denunziert sie sind, jetzt richtig erpicht auf Reiche sind. Wir rechnen damit, dass wir in den ersten vier Jahren jährlich etwa vier Milliarden Euro mehr an Steuern einnehmen könnten.

NZ: Wohin soll das Geld fließen, wenn es nicht in die Schuldentilgung geht? Paraskevopoulos: Wir arbeiten einen Plan aus zur ökologischen Umgestal-

ausweglosen Massenproduktion in eine biologische Erzeugung hochwertiger Produkte umwandeln. Außerdem kann Griechenland seinen gesamten Energiebedarf aus erneuerbaren Quellen decken. Hinzu kommt ein umweltfreundliches Tourismus-Konzept.

NZ: Welche zentralen wirtschaftspolitischen Maßnahmen planen Sie sonst? Paraskevopoulos: Wichtig ist die öffentliche und demokratische Kontrolle der griechischen Banken. Sie bekommen Kapitalspritzen vom Staat. Wer öffentliches Geld nimmt, muss den Schlüssel abgeben. Die griechischen Banken haben vom Staat das Zehnfache des Börsenwerts erhalten.

NZ: Was halten Sie von den Plakaten in Griechenland, auf denen Angela Merkel mit Hitlerbart zu sehen ist?

Paraskevopoulos: Ich finde diese Darstellungen dumm. Das ist ein Versuch, den Menschen zu sagen, es gebe einen Kampf zwischen Griechen und Deutschen. So ist es nicht. Wer solche Karikaturen anfertigt, hat im Sinn, die Menschen davon abzulenken, was Sache ist. Natürlich ist Merkel keine Nachfolgerin von Hitler, natürlich ist die Bundesrepublik kein nazistischer Staat, und natürlich ist Griechenland nicht unter Besatzung. Aber weil wir gerade beim Thema Besatzung sind: Wir werden die deutsche Schuld an Griechenland zurückverlangen.

NZ: Sie spielen auf die Reparationszahlung an, die laut einer bilateralen Vereinbarung ausgeschlossen sind?

Paraskevopoulos: Nein, es geht nicht um die Kriegsreparationen, sondern ausschließlich um einem Kredit aus dem Jahr 1941, den das Deutsche Reich in Griechenland aufgenommen hat – wie übrigens auch Italien und Bulgarien, die alles zurückbezahlt haben. Deutschland hat nichts außer der ersten Rate zurückbezahlt. Beim Londoner Schuldenabkommen wurde dieser Kredit ausdrücklich ausgenomten wollen. verwaltung aufbauen. tung der griechischen Wirtschaft. men. Nach Berechnungen des Paraskevopoulos: Unser Vorbild ist Paraskevopoulos: Ein großes Hinder- Nötig sind Umweltschutzinvestitio- deutsch-griechischen Historikers